

Muffolini und dem österreichischen Bundeskanzler unterzeichnet.

Zu Ehren Schobers gab die italienische Regierung im Anschluß an die Unterzeichnung ein Frühstück. Sodann begab sich Schober zu einem Empfang der ausländischen Presse. Abends war großes Festmahl auf der österreichischen Gesandtschaft angelegt, zu dem auch Mussolini sein Erscheinen zugesagt hatte.

Rundfunkkomödie um Sklarek.

Der Sturm auf's Mikrophon.

Der Sklarek-Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages nahm am Donnerstag seine Verhandlungen wieder auf. Auf der Tagesordnung stand zunächst die Entgegennahme eines Vortrages des Bürgermeisters Scholz über die Finanzgebarung der Stadt Berlin. Da die Rede des Bürgermeisters durch Rundfunk übertragen werden sollte, gab es im Ausschusse zunächst eine Geschäftsordnungssprache über die Zweckmäßigkeit der Übertragung. Schließlich beschloß der Ausschuß, die Übertragung durch Rundfunk zuzulassen. Als das Mikrophon eingeschaltet wurde und Bürgermeister Scholz das Wort ergreifen wollte, erhob sich plötzlich der Abgeordnete Obuch (Komm.) und beantragte unter allgemeiner Überwachung der Ausschußmitglieder, daß vor dem Mikrophon nur der Berichterstatter über die Aufgaben des Ausschusses sprechen solle. Unter großer Unruhe und Aufsehen: „Das ist doch in nichtöffentlicher Sitzung erörtert worden!“ erklärte der Abgeordnete Obuch weiter, daß Scholz einer der Hauptschuldigen an jenem System sei, das zu der Verschuldung Berlins geführt habe. Der Ausschuß habe ja sogar Bedenken gehabt, Bürgermeister Scholz zu vereidigen. Abgeordneter Buchhorn (D. Rp.) protestierte dagegen, daß der Abgeordnete Obuch Erörterungen aus der nichtöffentlichen Ausschußsitzung vorgebracht und unwiesene Behauptungen gegen den Bürgermeister Scholz ausgesprochen habe. Diejenigen, die die Zulassung des Rundfunks beabsichtigten, hätten nun schon die Zustimmung dafür. Bei diesen Worten lief der Abgeordnete Scholz (Komm.) an das Mikrophon und rief hinein: „Die Öffentlichkeit hört jetzt, daß die Deutsche Volkspartei keine öffentliche Verhandlung wünscht!“ Abg. Riedel (Dem.) trat gleichfalls ans Mikrophon heran und erklärte: „Ich wiederhole im Interesse der Würde des Parlamentes meinen Antrag auf Schluß der Geschäftsordnungssprache.“

Abg. Schwend (Komm.) betonte, daß er diesen Antrag für unmöglich halte, und erwiderte dem Abg. Hilger-Spiegelberg (Dn.) das Wort, der u. a. ausführt, daß die Befürworter der Rundfunkübertragung sich selbst einen Vordienst geleistet hätten. Ihm sei es von vornherein klar gewesen, daß die Kommunisten die Gelegenheit benutzen würden, ein politisches Spiel zu treiben.

Als hierauf der Berichterstatter Abg. Könnede (Dn.), während die Mitglieder des Ausschusses nicht gedrängt das Mikrophon umfanden, Bürgermeister Scholz darauf aufmerksam machte, was den Ausschuß besonders interessieren würde, erklärte Abg. Heilmann (Soz.): „Meine Herren, Sie brauchen sich nicht so anzufreunden, die Übertragung ist längst abgeschlossen!“ (Zuruf des Abg. Kaiser (Komm.): „Schmeißt doch den ganzen Dreck raus!“) Auf die Bemerkung des Abg. Heilmann, der Berichterstatter habe das erworbene Vertrauen mit einemmal zerstört, protestierte Abg. Könnede und erklärte, er habe sich an den Bürgermeister nur mit durchaus sachlichen Fragen gewandt. Abg. Buchhorn (D. Rp.) stellte fest, daß Heilmann, der im Rundfunk der Allmächtige sei, ihn anerkennen oder ablehnen könne.

Bürgermeister Scholz im Sklarek-Ausschuß.

In seinen Ausführungen im Untersuchungsausschuß wies Bürgermeister Scholz darauf hin, daß er nur beauftragt sei, über die Auswirkungen des Finanzausgleichs für Berlin sowie über den Aufbau und die Finanzlage der städtischen Großbetriebe zu sprechen. Seit dem 1. April 1924, dem Tage des Inkrafttretens des Finanzausgleichsgesetzes, seien der Stadt Berlin Mindereinnahmen zugeflossen. In 22 Gemeinden von insgesamt 167.539.000 Mark entstanden. Weiter habe Berlin Ausfälle durch Minderüberweisungen an Umkreissteuer, Kraftfahrzeugsteuer usw. erlitten.

Zum Schluß äußerte sich Bürgermeister Scholz ausführlich über die Großbetriebe der Stadt Berlin. Berlin habe gekämpft, wo es ihm möglich gewesen sei. Bei den sozialen Ausgaben aber sei nichts zu sparen. Es sei im übrigen bekannt, daß auch das Reich und die Länder wesentlich in Finanzschwierigkeiten seien. Wenn das auch in Berlin passiere, so brauchten sich die Berliner dessen nicht zu schämen. Damit war die Vernehmung von Bürgermeister Scholz beendet. Die Verhandlung wurde auf Freitag vertagt.

Kleine Nachrichten

Der amerikanische Diskontsatz auf 4 Prozent ermäßigt

New York, 6. Februar. Nachdem die Bank von England am Donnerstag ihren Diskont von 5 auf 4 1/2 Prozent ermäßigt hat, hat nunmehr auch die Federal Reserve Bank von New York, wie allgemein erwartet wurde, ihren Diskontsatz von 4 1/2 auf 4 Prozent ermäßigt.

Absturz eines Flugschülers.

Ein Bruder des Erfinders Espenlaub tödlich verfehlt.

Auf dem Düsseldorf-Ringhafen stürzte der Flugschüler Hans Espenlaub, ein Bruder des Flugzeugkonstruktors Gottfried Espenlaub, aus geringer Höhe ab. Schwerverletzt wurde Espenlaub ins Krankenhaus gebracht, wo er kurz darauf verschied.

Neußdörfer schwer belastet.

Die gefälschten Selbstbesichtigungen haltlos.

Die Gerichtspräsidenten Baureuth teilte über den Fall Neußdörfer mit, die Selbstbesichtigungen Schuberths und Poppers hätten sich endgültig als unwahr herausgestellt. Schuberth hat seine bisherigen Angaben bereits dem Untersuchungsrichter gegenüber widerrufen. Er bezeugte als Beweggrund seiner Selbstbesichtigung die Erlangung der in Aussicht gestellten Belohnung, mit der er für seine Familie sorgen wollte.

Die Schwiegermutter erwirgt.

Berlin. Am Verlauf eines Streitfalls wurde die 50 Jahre alte Witwe Minna Martens in der Wohnung ihres Sohnes von ihrer Schwiegermutter erwirgt. Die junge Frau, die seit längerer Zeit in Frieden mit ihrer Schwiegermutter lebte, wurde in der Wohnung festgenommen.

Ein Mörder verhaftet.

Wadebusch. Der wegen Mordes gesuchte Arbeiter Joseph Möhring wurde hier verhaftet. Möhring, der 1889 in Essen geboren ist, hatte am 20. November v. J. in Wittenberg (Bezirk Halle) mit einem Komplizen einen Wächter einer Zementfabrik getötet. Er wird von der Staatsanwaltschaft in Torgau, von der Landes kriminalpolizei in Halle an der Saale und von der Polizeiverwaltung in Wittenberg festlich verfolgt. Sein Komplize ist der am 5. Juli 1905 in Frankenburg geborene Arbeiter Oswald Albenbrenner.

Krawall bei einem politischen Prozeß.

Attendburg. Vor dem Gemeindefriedlichen Schöffengericht wurde unter starkem polizeilichen Schutz gegen drei Angeklagte verhandelt, die an einer politischen Schlägerei im Oktober 1920 beteiligt waren. Die Angeklagten hatten plan-

mäßig einen Überfall auf Mitglieder des Arbeiterparteiorganisations, bei dem einem Arbeiter ein Auge ausgebrochen und einige andere Personen verletzt worden waren. Das Urteil lautete auf Gefängnisstrafen von fünf Monaten bis zu einem Jahr zwei Wochen. Bei der Urteilsverkündung kam es zu stürmischen Kundgebungen des Publikums im überfüllten Zuschauerraum, so daß der Vorsitzende den Saal und die Galerien durch die Polizei räumen lassen mußte. Dies geschah unter großem Tumult. Vor dem Landgerichtsgebäude hatten sich die Ausgewiesenen angesammelt, doch kam es zu keinen weiteren Zwischenfällen.

Aus unserer Heimat

Wilsdruff, am 7. Februar 1930.

Werkblatt für den 8. Februar.

Sonnenaufgang 7⁰⁰ | Mondaufgang 11⁰⁰
Sonnenuntergang 17⁰⁰ | Monduntergang 3⁰⁰
1871: Der Maler Moritz von Schwind geboren.

Schutz gegen Gasvergiftung.

Nicht erst seit dem großen Kriege wissen wir, was Gasvergiftung und Tod durch Gas bedeuten. Hat doch jeder von uns seinen Gastrieg zu Hause! Täglich, stündlich hört man von schweren Unfällen, von furchtbaren Katastrophen, die durch ausströmendes Gas verursacht werden: der offen gebliebene Hauptkahn am Gasmesser, schlecht oder gar nicht zugedrehte Hähne am Kronleuchter oder am Gasherd, ein undichtes Gasrohr — das alles bedroht uns mit Gasgift und Tod. Strömt das Gas am helllichten Tage aus, so ist meist Hilfe möglich. Es gibt zwar Gas, das geruchlos ist, aber das von uns benutzte Leucht- und Heizgas riecht doch gewöhnlich so intensiv, daß man durch den gefährlichsten „Gasgeruch“ aufmerksam wird und rasch Gegenmaßnahmen trifft, indem man die Hähne schließt, Fenster und Türen öffnet usw. Aber wie ist es bei Nacht, wenn das Gas ausströmt, während alles schläft? Der Gasgeruch ist nicht so stark, daß er den Schlafenden so scharf in die Nase dringt, daß sie sofort erwachen, und wenn sie nicht sofort erwachen, erwachen sie meist überhaupt nicht mehr: sie werden betäubt, werden vergiftet und schlummern hinüber in die Ewigkeit. Aus diesen Gründen und um die Gefahrenmomente beim Gasverbrauch nach Möglichkeit auszuschalten, haben sich Forscher schon seit langem an die Aufgabe gemacht, dem Leucht- und Heizgas einen Riechstoff, der auch einen Feststoff aus dem Schlafe wecken muß, zuzusetzen, und der Wiener Hygieniker Graßberger glaubt, diese Aufgabe gelöst zu haben. Er „parfümiert“ das Gas mit einem Karbolsäure genannten Stoff, über dessen chemische Zusammensetzung vorläufig noch nichts bekannt ist, und ganz Wien soll demnächst mit diesem Karbolsäure versorgt werden. Wir dürfen also hoffen, daß auch wir bald dieses oder ein ähnliches, die Fälle von Gasvergiftung und Gasod herabminderndes Gas bekommen. Aber schließlich müssen und sollen wir uns immer wieder vor Augen halten, daß alle Gegenmittel gegen Gasvergiftung nicht so wichtig sind wie Wachsamkeit, Aufmerksamkeit und Kampf gegen das leichtsinnige Umgehen mit Gas. In uns selbst liegt die Hauptgefahr!

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten.

Donnerstag, den 6. Februar, abends 7 Uhr.

Anwesend waren sämtliche Mitglieder des Kollegiums, am Ratssitze außerdem die Stadträte Kuppert, Gerhardt und Zichole.

Das Kollegium nahm zunächst Kenntnis von den Zuwahlen des Stadtrates in die verschiedenen Ausschüsse. Dem Betriebsausschuß gehören an die Stadträte Zienert und Zichole, dem Wohnungsausschuß Stadtrat Kuppert.

In der letzten Sitzung war Lehrer Hienrich als Beisitzer in den Musikschulrat der Stadt, Orchesterschule gewählt worden. Er hatte die Wahl abgelehnt und so trat einstimmig gewählt Lehrer Luft an seine Stelle.

Für die Wahl des stellvertretenden Bürgermeisters schlugen die Bürgerlichen Stadtrat Zienert, die Sozialdemokraten Stadtrat Zichole als dienstältestes Ratsmitglied vor. Im gemeinsamen Wahlgang fielen fünf Stimmen auf Stadtrat Zichole und acht Stimmen auf Stadtrat Zienert, der damit als Stellvertreter des Bürgermeisters wiedergewählt war.

Die Wahl des Schulausschusses war in der letzten Sitzung zurückgestellt worden. Für sie ist nach § 2 des Ortsgesetzes Verhältniswahl vorgesehen, wenn sich die Fraktionen in der Ausschussbesetzung nicht einigen. Vier Stadtverordnete und drei Stellvertreter waren zu wählen. Die Rechte bestand auf zwei Stadtverordneten, die Linke ebenfalls und auch die Beamten verlangten einen Vertreter, so daß eine Einigung nicht zustandekam. Die Wahl muß nunmehr nach den Grundsätzen des Verhältniswahlgesetzes vorgenommen werden. Bürgermeister Dr. Kronseld setzte die Wahl für den 20. Februar abends 7.15 Uhr fest. Wahlvorschläge sind eine Woche vor dem Wahltag beim Stadtrate einzureichen.

Auch für die Wahl des Gewerbesteuer-Ausschusses kam keine Einigung zustande, so daß daselbst Verfahren am selben Tage angewandt werden muß.

Da die Sache zur Vorberatung dem Schulausschuß nun nicht vorgelegt werden konnte, brachte Bürgermeister Dr. Kronseld die

Einrichtung einer Höheren Abteilung an der hiesigen Volksschule

gleich vor das Plenum. Er legte noch einmal kurz die Vorteile einer solchen und die Schritte dar, die zu ihrer Verwirklichung bisher unternommen worden sind. Vom Ministerium wird bekanntlich eine Garantie der Kinderzahl für volle Klassen gefordert. Die Kinderzahl Wilsdruffs allein langt dazu nicht aus. Nun haben sich aber neun Gemeinden der Umgebung bereit erklärt, einen Verwaltungsvertrag mit Wilsdruff abzuschließen, und es kommen dadurch sofort Kinder zusammen, daß gehofft werden kann, daß die Abteilung noch für diese Ostern vom Ministerium genehmigt wird. Dauerlicherweise haben als nächstliegende Gemeinden Grumbach und Kesselsdorf abgelegt. Von den Stadtv. Lehmann und Hofmann wurde die Aussicht auf Verwirklichung begründet, einstimmig der Sache zugestimmt und der Stadtrat um Beitritt zu dem Beschlusse ersucht. Damit hatte die öffentliche Sitzung ihr Ende. Es schloß sich eine kurze geheime an.

Priv. Schützengesellschaft. Jahreshauptversammlung. Mit Grützen von dem in der Genesung tüchtig fortschreitenden Kommandanten Post eröffnete gestern abend 10 Uhr Präsident Oberlehrer Hienrich die Verhandlungen und teilte mit, daß die in letzter Sitzung zur Sprache gekommenen Unstimmigkeiten zwischen einigen Kameraden in der Ehrengerichtsitzung behoben wurden. Dann erstattete Schriftführer Schlichenmaier einen ausführlichen Jahresbericht, der die Geschäfte des letzten Jahres noch einmal Revue passieren ließ: Königsball, Stiftung eines

Königsrates durch Kamerad Syndikus Lichte, Königschießen, bei dem Kamerad Tuschke die Königswürde errang, Kinderfest, Kirmes, Kesselsdorf. Fleißig wurde der Schießsport gepflegt. Die Jahresbestimmungen des Wettinbundes erschloß sich Obl. Kehr mit 178 Ringen. Der Bericht schloß mit Hoffnungen für ein Aufwärts und Vorwärts unseres Vaterlandes, Wünschen für das Gedeihen der Schützengesellschaft und Dankesworten an den Präsidenten für seine schneidige Führung. Die Rechnung legte Oberzahlmeister Kuppert. Mühte er in den letzten Jahren immer und immer wieder mit Fehlbeträgen anzureiten, so konnte er diesmal zu seiner und aller Kameraden Freude in der Schützen- wie in der Schießklasse einen ganz ansehnlichen Bestand aufweisen. Auch die Kinderfestkasse hat einen Bestand von 171,94 Mark. Diefelbe war von den Kameraden Kraft und Rump geprüft und für richtig befunden worden. Obersekretär Weichelt wurde dafür entlastet. Ihm, wie der Prinzessin Neuf und Gutsbesther Vint soll noch schriftlicher Dank abgefasst werden. Schützen- und Schießklasse hatten in den Kameraden Lauer und Schmidt ihre Revisoren gefunden, die alles als in bester Ordnung erklärten und Entlastung für den Oberzahlmeister beantragten. Die wurde einstimmig gewährt und dem Kassierer wie dem Schriftführer der Dank durch Erheben von den Plätzen zum Ausdruck gebracht. Der Mitgliederbestand mit 128 ist im verfloßenen Jahre derselbe geblieben. Fünf Abgängen standen ebensovielle Zugänge gegenüber. Durch Tod schied Kamerad Emil Schuber aus, ihm galt ein silbes Gedenken. Die anstehenden Wahlen erledigten sich schmerzlos. 37 Kameraden beantragten schriftlich die Wiederwahl des auscheidenden Präsidenten Hienrich und des Schriftführers Schlichenmaier, die einstimmig erfolgte. Der letztere wurde auch als Schützengesellschaftsmitglied wiedergewählt. Gelegentlich des Rückblickes auf den Königsball nahm der Präsident nochmals Gelegenheit, der Schützenmajestät und allen, die zu dem schönen Verlaufe beigetragen haben, herzlichen Dank zu sagen. Ueber die Gowerammlung in Dippoldiswalde berichtete Oberzahlmeister Kuppert, über die Vorarbeiten zum Gauschießen machte Präsident Hienrich verschiedene Mitteilungen. Die Vorsitzenden der einzelnen Ausschüsse wurden aufgefordert, sich ihre Helfer aus dem Kreise der Kameraden zu wählen. Die Anregung, eine Unfallversicherung für die Kameraden einzugehen, wurde allseitig unterstützt. Zunächst sollen die Versicherungsmaßnahmen des Gaus bzw. des Wettinbundes geklärt werden. Nach der Erledigung mehr interner Angelegenheiten schloß Präsident Hienrich die harmonisch verlaufene Versammlung mit einem optimistischen Ausblick auf die Zukunft des deutschen Volkes und besten Wünschen für die Schützengesellschaft.

Die Polizei mußte den Frieden wiederherstellen. In der Nacht zum Donnerstag hatte ein hiesiger Einwohner in angetrunkenem Zustand und in Eifersuchtsamwandlungen seine Ehehälfte mit dem Belle bedroht und seiner Zerstörungswut durch Zerstörung von Türen und Mobiliar auch sonst Ausdruck verliehen. Der herbeigerufenen Polizei gelang es, den aufgeregten Mann wieder zu besänftigen und die Ruhe wieder herzustellen.

Im Bürgerverein hält Montag abend Buchführer Köhler den gewünschten Vortrag über die Einkommensteuererklärung. (Vgl. Inserat.)

Die „Schützenhaus-Lichtspiele“ bringen diese Woche ein sensationelles Doppelprogramm. Im ersten Teil wird unter dem Titel „Mit Tomahaw und Büchse“ in 6 langen Akten gleich eine ganze Reihe Abenteuer aus den schwarzen Bergen gezeigt und im zweiten Teile rollen ebenfalls 6 Akte „Da hält die Welt den Atem an“ nach dem bekannten Roman „Schminke“ ab.

Deutscher Liedertag 1930. Der Deutsche Sängerbund hatte unlängst einen Aufruf zu einem allgemeinen Deutschen Liedertag erlassen, der am letzten Sonntag im Juni stattfinden soll. Geplant sind in Stadt und Dorf große Musikfeste, in denen in erster Linie Volkslieder zum Vortrag kommen. Wie wir aus der „Deutschen Sängerbundzeitung“, dem amtlichen Organ des Deutschen Sängerbundes, erfahren, sind in den Mitgliedverbänden Deutschlands und Österreichs, sowie bei den Gesangsvereinen der Auslandsdeutschen umfassende Vorbereitungen im Gange, um den Liedertag zu einer würdigen Feierstunde des Volksliedes zu machen. Die Bundesvorsitzenden haben teilweise schon jetzt Chöre aus dem Bundesliederbuch ausgewählt, die von allen den Einzelverbänden angeschlossenen Vereinen zu Gebor kommen. Im allgemeinen werden keine großen Massenchor auftreten, sondern die in einer Stadt ansässigen Vereine werden sich nach Maßgabe ihrer Stärke und der verfügbaren Plätze so verteilen, daß am möglichst vielen Stellen der Stadt gleichzeitig gefungen wird. Im übrigen ist die Ausgestaltung des Liedertages in weitestem Maße den Vereinen selbst überlassen, da die örtlichen Verhältnisse bei der Gestaltung des Liedertages eine wichtige Rolle spielen. Bereits jetzt steht fest, daß der Liedertag im ganzen Reihe ein zustimmendes Echo gefunden hat, so daß mit einem Erfolge des Deutschen Sängerbundes zu rechnen ist.

Zur Erhöhung der Dienstaltersgrenze der Beamten. Wie der Delantion-Sachdienst erfährt, erörtert die sächsische Regierung eine Erhöhung der Dienstaltersgrenze der Staatsbeamten bis auf 68 in dem Sinne, daß eine Dienststellung über die jetzige Grenze von 65 Jahren hinaus nur dann in Frage kommt, wenn dem obwohl die Ausstellungsbehörde als auch der Beamte selbst zustimmt. Darnach würde es jedem Beamten freistehen, auch fernschin mit 65 Jahren aus dem Staatsdienste zu scheiden, wie es in das Ermessen des Staates gestellt sein soll, auf Weiterbeschäftigung nach dieser Zeit zu verzichten. Für die Richter muß wegen deren besonderer Stellung nach dem Gerichtsverfassungsgesetz stets eine feste Altersgrenze gezogen werden. Vermutlich wird hier das 67. Lebensjahr angenommen werden. Wie bei den höheren Lehrern soll für die in den Akademien ausgebildeten Volksschullehrer eine Art Probejahr mit halber Bezahlung ins Auge gefaßt werden. Bekanntlich ist damals die Forderung dieses Teiles der Volksschullehrer wesentlich herausgehoben worden. Mit etwa 23 Jahren tritt dieser Beruf in den Genuss des vollen Gehaltes. Der Finanzminister erhofft, auf diesem Wege nach einiger Zeit eine Ersparnis von 2 bis 5 Millionen RM. pro Jahr erzielen zu können. Um dem Beamtenanwuchs den Weg nicht zu versperrten, sollen entsprechende Maßnahmen getroffen werden.

Gelegenheitsarbeiten trotz Bezugs von Krankengeld. Eine bemerkenswerte Entscheidung, die für die Krankenkassen von ganz besonderer Bedeutung ist, hat das Sächsische Oberlandesgericht getroffen. Ein Arbeiter hatte, obwohl er erwerbsunfähig krank geschrieben war und Krankengeld bezog, an verschiedenen Tagen im Winter 1928/29 als Schneeschipper gearbeitet und den Lohn dafür bezogen, ohne davon der Krankenkasse Mitteilung zu machen. Er zog sich deshalb eine Anklage wegen Betrugs zu, wurde aber in erster und zweiter Instanz freigesprochen. Das Oberlandesgericht hat das Urteil bestätigt und betont, daß dem Versicherten, da in dem Krankengeld kein voller Ausgleich für den Wegfall des Arbeitsverdienstes gewährt wird, nicht schlechthin verboten sei, durch Beschäftigung während der Dauer der Arbeitsunfähigkeit zum Krankengeld etwas hinzu zu verdienen. Eine Verpflichtung zur Angabe dieses Erwerbes könne auch nicht aus der Krankenordnung der Ortskrankenkasse gefolgert werden. Als „Wiedererlangung der Arbeit“ im Sinne dieser Bestimmung kann nicht jede beliebige Gelegenheitsarbeit angesehen werden. Ob die